



Hattingen, 02.05.2023

Statement zur Diskussion um die Unterbringung Geflüchteter in Hattingen

Mit der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 2. Mai beginnt die parlamentarische Beratung um die zukünftige Unterbringung Geflüchteter in unserer Stadt. Das Vorgehen der Stadtverwaltung zu diesem Thema hat zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Weder hat bislang eine politische Willensbildung zu einer sinnvollen Integration der in Hattingen schutzsuchenden Menschen noch eine Information der politischen Gremien oder der Öffentlichkeit über Ziele und Hintergründe stattgefunden.

Im Rahmen einer Vorlage zu der am 02.05.2023 stattfindenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses wird nun erstmalig der Vorschlag unterbreitet, in Holthausen 300 Geflüchtete in einem neu zu errichtenden Gebäude in Massivbauweise unterzubringen. Zusätzlich soll auf der Fläche Raum vorgehalten werden, um im Bedarfsfall zusätzlich 300 Menschen in mobilen Wohneinheiten (Container, Zelte, Hallen o. ä.) unterzubringen.

Die SPD Hattingen lehnt das Projekt in dieser Form ab!

Bevor eine verantwortliche Entscheidung in den Ratsgremien der Stadt über die Unterbringung weiterer Geflüchteter in unserer Stadt gefasst werden kann, müssen die Verantwortlichen zentrale Fragen beantworten:

- Wie kommt die Stadt Hattingen auf die Zahl von 300 zusätzliche benötigten Plätzen? An welchen Richtlinien oder Maßstäben hat man sich bei dieser Festlegung orientiert?
- Welche Einrichtungen werden aktuell wo und mit welcher Platzzahl vorgehalten? Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten werden derzeit dezentral in Wohnungen genutzt?

- 
- Welcher Alternativen gibt es zu dem von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Konzept, lediglich eine zentrale Einrichtung im ganzen Stadtgebiet zu schaffen? Warum wurden nicht zwei oder drei kleinere Einrichtungen geplant und welche Auswirkungen hat die Größe der Einrichtungen auf die Integrationsmöglichkeiten der Menschen?
 - Wie sind die finanziellen Auswirkungen bei einer Entscheidung für eine zentrale oder dezentrale Unterbringung?

Standortentscheidungen können erst gefällt werden, wenn die vorgenannten Fragen beantwortet wurden. Insbesondere die Frage, ob bei Schaffung kleinerer Einrichtungen ggfs. weitere geeignete Standorte genügend Raum bieten würden, wäre zu klären.

Die SPD Hattingen lehnt die von der Stadtverwaltung geplante Vorgehensweise ab. Der Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung ist nicht der zuständige Fachbereich für komplexe sozialpolitische Fragen, deren Tragweite weit über Stadtentwicklung hinaus gehen. Erst nach Beteiligung aller mit diesen Themen befassten Ausschüsse, insbesondere aber des Ausschusses für Soziales und Migration, ist eine weitere Beratung möglich. Erst **danach** kann die Stadtplanung Vorschläge für die Umsetzung erarbeiten und vorlegen!

Die Versäumnisse in der Information und die falsche Herangehensweise zur politischen Willensbildung führen in unserer Stadt zu Verunsicherung und Bedenken. Das ist für die SPD nicht hinnehmbar! Wie weit kann sich ein Bürgermeister und Teile seiner Verwaltung noch von seinen BürgerInnen entfernen?

Die SPD fordert, die anstehenden Fragen verantwortungsvoll und gründlich zu diskutieren. Dazu sind in den beteiligten Ausschüssen alle Informationen auf den Tisch zu legen, um eine sachliche Diskussion und eine verantwortliche Entscheidung im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger sowie der in Hattingen Schutzsuchenden treffen zu können.

Manfred Lehmann
Stadtverbandsvorsitzender

Melanie Witte-Lonsing
Fraktionsvorsitzende

Niels Hartbecke
Ortsvereinsvorsitzender Holthausen